

Tagesfragen.

So ist es denn wieder da, der Panzerkreuzer B. Aus dem Wehretat war er glücklich ferngehalten worden. Aber der Ostpreussische Provinziallandtag hat jüngst der Meinung Ausdruck gegeben, daß für den Schutz der isolierten Provinz Ostpreußen das Panzerschiff A und die übrigen uns verblichenen und bereits neugebauten Kriegsschiffe nicht ausreichen; dazu müsse noch das Panzerschiff B gebaut werden. Ist einmal B gebaut, dann ist man natürlich in Ostpreußen der Meinung, daß nunmehr C an die Reihe kommen müsse. Und das würde dann so fortgehen, bis wir alle sechs Panzerschiffe, die uns der Versäufte Vertrag erlaubt, anstelle der jetzigen Linienfahrer schwimmen hätten. Unserer Ansicht nach ist allerdings zum Schutz Ostpreußens jetzt und auf eine Reihe von Jahren hinaus wirtschaftliche Hilfe und kein Panzerkreuzer notwendig. Durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Förderung gilt es die von Polen umflossene und durch die Agrarnot besonders stark mitgenommene Provinz zu stärken. Dafür werden erhebliche Millionen aufgewendet werden müssen. Nach dem alten Ostpreußenprogramm sollten es 350 Millionen, auf zehn Jahre verteilt, sein, und es heißt, daß das Kabinett Brüning über diese Summe noch hinausgehen will. Wenn man nun an die Kämpfe um den Panzerkreuzer A zurückdenkt, wenn man die Konsumbelastung durch die neuen Steuern und Zollerhöhungen berücksichtigt, geographische Verhältnisse, die zu einer ungeheuren Verheerung der breiten Volksmassen durch die Sozialdemokratie und die Kommunisten ausgenutzt werden, wenn man ferner auch die Verstimmung in christlichen Arbeitervereinen über die Schwierigkeiten, denen die Arbeitslosenversicherung begegnet ist und die ja mit jenseitiger Sicherheit im Herbst wieder stärker in Erscheinung treten werden, und die Kürzung an sozialen Ausgaben im Reichshaushaltsplan für Bochensche usw. mit in Betracht zieht, dann kann man nur sagen, daß die Reichsregierung, die den Reichshaushaltsplan für 1930 aufstellt, die ersten Schritte in die Richtung der Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 einzuführen. Nicht minder ist zu bedauern, daß sich am Mittwoch in der Plenarsitzung des Reichsrats keine Mehrheit für den dagegen gerichteten Streichungsantrag Preußens gefunden hat. Noch keine Klarheit haben wir darüber gewinnen können, wie es gekommen ist, daß zunächst die Vertreter von Rheinland und Westfalen sich dem preussischen Antrag angeschlossen, dann aber der Vertreter der Rheinprovinz gegen diesen Antrag stimmte. Zwar sollen um die 2,9 Millionen, die nach dem Beschluß des Reichsrats als erste Rate für das Panzerschiff B in den Wehretat eingefügt wurden, die für die anderen Kriegsschiffbauten angelegten Beträge, etwa 60 Millionen Mark, in diesem Jahre gefüllt werden. Aber es ist doch keine Frage, daß diese zurückgestellten Ausgaben neben der zweiten Rate für das neue Panzerschiff, dessen Bau insgesamt auf 73 Millionen Mark veranschlagt ist, im Etat für 1931 erscheinen werden. Nach einem Bericht des Sozialdemokratischen Pressebüros soll in der Ausschussung Reichswehrminister Groener den ostpreussischen Antrag begrüßt haben. Das ist von seinem Standpunkt aus immerhin verständlich. In gewissem Gegensatz zu ihm erklärte aber in der Volkskammer der Reichsminister der Vertreter der Reichsregierung, Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer, die Reichsregierung lehne es ab, die Initiative zu ergreifen oder eine Beeinflussung auszuüben. Danach mußte man erwarten, daß die Reichsregierung sich dem Beschluß des Reichsrats nicht zu eigen machen, sondern dem Reichstag eine Doppelvorlage gehen lassen würde: Der in der Kabinettsitzung am gestrigen Abend gefasste Beschluß lautet leider auf Verzicht auf diese Doppelvorlage. Das Kabinett, in dem bekanntlich Zentrum und Demokraten von zwölf Ministern nur fünf Stellen, hat sich also den Reichsratsbeschlüssen zu eigen gemacht. Das ist im höchsten Maße zu bedauern. Mit Sparen, Einschränkungen und Steuererhöhung ist ein neuer Panzerschiffbau, für den es zum jetzigen Zeitpunkt keine vernünftige Begründung gibt, nicht zu vereinbaren. Wenn einmal unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben, wenn der Steuerdruck nicht mehr so ungeboren stark ist wie jetzt, wenn von einer sozialen Notlage breiter Bevölkerungsteile nicht mehr gesprochen werden kann, dann möge man die Kriegsschiffe erneuern. Aber jetzt ist nicht die Zeit dafür da. Und ein schwerer psychologischer Fehler ist es, da eine Summe auch nur geringe Summe als Anerkennungsgeld für den Reichstag hat die Reichsregierung zum Teil mit nur vier und fünf Stimmen die Mehrheit erhalten. Glaubt sie jetzt noch mehr Stimmen von der Rechten erhalten zu können? Wir sind der Meinung, daß mit dem neuen Panzerkreuzer doch für das Zentrum und die Demokraten der Bogen aberpannt wird.

nicht beantwortet werden. Aber jetzt auf einmal sind 2,9 Millionen von der Summe für Schiffsbauten zugunsten des Panzerschiffes B entbehrlich. Was folgt daraus? Das offenbar der Wehretat von vornherein frisiert war, daß er also vom Reichstag auf das genaueste nachgeprüft werden muß. Vielleicht lassen sich dann noch mehr als fast drei Millionen einsparen. Verwendung für Zwecke, die wichtiger sind als ein neuer Panzerschiffbau, ist massenhaft vorhanden.

Der thüringische Innen- und Kultusminister Dr. Fried, einziger Nationalsozialist auf kurfürstlichem Sessel in Deutschland, hat sich die Bekämpfung von Reger- und Jagzmusik zur neuen Aufgabe gegeben. Er hat eine Bekanntmachung veröffentlicht, nach der Jagdband- und Schlagzeugmusik, Regertänze, Regergesänge, Regertüde unterbunden werden sollen, weil sie eine Verherrlichung des Regertums darstellen und dem deutschen Kulturempfinden ins Gesicht schlagen. Ein Schauspielunternehmer, der derartige Darbietungen vorführe, werde nicht als zuverlässig im Sinne der Gewerbeordnung angesehen sein. Es sei Aufgabe der Polizeibehörden, in allen derartigen Fällen mit aller Schärfe einzuschreiten und das Verfahren auf Entziehung der erteilten Erlaubnis einzuleiten. Bezeichnend ist es, daß sogar geprüft werden soll, ob die Geschäftsführung der in Frage kommenden Unternehmer in der Vergangenheit den in der jetzigen Bekanntmachung geforderten Voraussetzungen entsprochen hat. Hierin müssen sich wohl die Gastwirte, die in ihren Räumen Jagzmusik zum Tanze haben spielen lassen, auf schlimme Dinge gefaßt machen. Regergesänge und Regertüde sind gewiß auch nicht unser Geschmack, aber eine Polizeiverordnung gegen Schlagzeugmusik mit rückwärtiger Kraft ist immerhin eine bedenkliche Sache, da sie der Willkür örtlicher Polizeibehörden Tür und Tor öffnet. Im übrigen kommt diese Verordnung auch etwas zu spät, da sowieso die Streichmusik im Begriffe ist, die Jagdbands wieder zu verdrängen.

Der Vorstand der Deutschen Luft Hansa hat zu den aus Pilotenkreisen erhobenen Vorwürfen Stellung genommen. Er hat eine genaue Untersuchung der Klagen angestellt und mit Nachdruck betont, daß die Sicherheit im deutschen Luftverkehr über alles gehe. Schön und gut, nur scheint es, daß in der Praxis doch gegen diese Selbstverständlichkeit bisher verstoßen wurde. Dafür spricht auch, daß sich die Berufsvereinigungen der Flugzeugführer vollständig hinter die Veröffentlichung in dem Berliner Blatt gestellt hat, in der behauptet wurde, daß die Sicherheit hinter die Regelmäßigkeit im Flugverkehr gegen den Willen der Piloten häufig zurücktrete. Wenn die Flucht in die Öffentlichkeit, die die Verkehrsleiter unternehmen haben, zur Abstellung der Leitung der Luftkassen vielmehr bis dahin garnicht bekannter Mängel führt, so haben sie sich einen Verdienst um das Flugzeug benutzende Publikum erworben. Das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Verkehrsleiter, denen man sich doch, wenn man ein Flugzeug bestiegt, in die Hand begibt, kann auf diese Weise nur zunehmen.

Der Reichsrat für neuen Panzerschiffbau. Preussischer Streichungsantrag mit Stimmengleichheit bei fünf Enthaltungen abgelehnt.

Der Reichsrat für neuen Panzerschiffbau.

Preussischer Streichungsantrag mit Stimmengleichheit bei fünf Enthaltungen abgelehnt.

Etat für 1930 vom Reichsrat verabschiedet.

... Berlin, 16. April.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Mittwoch mittag mit dem Haushaltsplan für 1930, den das Kabinett Brüning bekanntlich von dem vorigen Kabinett übernommen hat. Den Bericht der Reichsrechnung über den Reichshaushalt für 1930 hat der Reichsrat am Dienstag den Antrag gestellt, die erste Rate für den Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 einzuführen. Nicht minder ist zu bedauern, daß sich am Mittwoch in der Plenarsitzung des Reichsrats keine Mehrheit für den dagegen gerichteten Streichungsantrag Preußens gefunden hat. Noch keine Klarheit haben wir darüber gewinnen können, wie es gekommen ist, daß zunächst die Vertreter von Rheinland und Westfalen sich dem preussischen Antrag angeschlossen, dann aber der Vertreter der Rheinprovinz gegen diesen Antrag stimmte. Zwar sollen um die 2,9 Millionen, die nach dem Beschluß des Reichsrats als erste Rate für das Panzerschiff B in den Wehretat eingefügt wurden, die für die anderen Kriegsschiffbauten angelegten Beträge, etwa 60 Millionen Mark, in diesem Jahre gefüllt werden. Aber es ist doch keine Frage, daß diese zurückgestellten Ausgaben neben der zweiten Rate für das neue Panzerschiff, dessen Bau insgesamt auf 73 Millionen Mark veranschlagt ist, im Etat für 1931 erscheinen werden. Nach einem Bericht des Sozialdemokratischen Pressebüros soll in der Ausschussung Reichswehrminister Groener den ostpreussischen Antrag begrüßt haben. Das ist von seinem Standpunkt aus immerhin verständlich. In gewissem Gegensatz zu ihm erklärte aber in der Volkskammer der Reichsminister der Vertreter der Reichsregierung, Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer, die Reichsregierung lehne es ab, die Initiative zu ergreifen oder eine Beeinflussung auszuüben. Danach mußte man erwarten, daß die Reichsregierung sich dem Beschluß des Reichsrats nicht zu eigen machen, sondern dem Reichstag eine Doppelvorlage gehen lassen würde: Der in der Kabinettsitzung am gestrigen Abend gefasste Beschluß lautet leider auf Verzicht auf diese Doppelvorlage. Das Kabinett, in dem bekanntlich Zentrum und Demokraten von zwölf Ministern nur fünf Stellen, hat sich also den Reichsratsbeschlüssen zu eigen gemacht. Das ist im höchsten Maße zu bedauern. Mit Sparen, Einschränkungen und Steuererhöhung ist ein neuer Panzerschiffbau, für den es zum jetzigen Zeitpunkt keine vernünftige Begründung gibt, nicht zu vereinbaren. Wenn einmal unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben, wenn der Steuerdruck nicht mehr so ungeboren stark ist wie jetzt, wenn von einer sozialen Notlage breiter Bevölkerungsteile nicht mehr gesprochen werden kann, dann möge man die Kriegsschiffe erneuern. Aber jetzt ist nicht die Zeit dafür da. Und ein schwerer psychologischer Fehler ist es, da eine Summe auch nur geringe Summe als Anerkennungsgeld für den Reichstag hat die Reichsregierung zum Teil mit nur vier und fünf Stimmen die Mehrheit erhalten. Glaubt sie jetzt noch mehr Stimmen von der Rechten erhalten zu können? Wir sind der Meinung, daß mit dem neuen Panzerkreuzer doch für das Zentrum und die Demokraten der Bogen aberpannt wird.

von rund 3,4 Millionen beschlossen. Eintrag Preußens auf Beiträge von weiteren 1,5 Millionen im Einzelnen und 10 Millionen Pauschal, zusammen 15 Millionen, wurden abgelehnt. Aus der Mitte des Reichsrates wurde

die Einlegung einer ersten Rate für ein zweites Panzerschiff beantragt.

Dieser Antrag erhielt in zweiter Lesung eine veränderte Bedeutung dadurch, daß die Reichsregierung — ohne den Antrag selbst zu übernehmen — erklärte, sie würde keine Ausnahme beantragen und sich für die Annahme mit Material und Gründen einlegen. Die preussische Regierung sprach sich gegen den Antrag aus. Mit Rücksicht auf die neue Erklärung der Reichsregierung

stimmte die Mehrheit der Ausschüsse für die Einlegung der ersten Rate in Höhe von 2,9 Millionen in der Weise, daß der gleiche Betrag bei den anderen Schiffsbauten gestrichen wurde.

Der Zuschuß für die Deutschen Werke in Kiel mit 2,5 Millionen wurde bewilligt. Die Lage des Arbeitsmarktes macht den Augenblick zur Liquidation ungeeignet. Bei der Arbeitslosenverteilung in der Reichsregierung Preußen im Haushaltsplan, das in der Reichsrechnung erst im Juni passieren wird, eine Heraushebung des Beitrags um 4 Prozent vorzuschlagen und den Zuschuß auf 120 Millionen (mit 100 000 000) oder 100 Millionen und 20 Millionen Darlehen herabzusetzen. Die Mehrheit lehnte ab. 3. Die Beitragserhöhung ab und stellte 150 Millionen Zuschuß ein.

Der höchste neue Ankauf ist der für Schuldenentlastung. Die Tilgung bedeutet jetzt nichts weiter, als die vergrößerte Deckung der beiden letzten Haushalte. Darüber hinaus bleiben aus 1929 etwa 65 Millionen zusätzlicher Fehlbetrag hängen. Die Ausschüsse haben die Schuldenentlastung daher von 450 auf 515 Millionen erhöht. Eingeleitet wurden 800 000 Mark für die Ausfuhrförderung der Leipziger Messe, 300 000 Mark mehr für die Technische Hochschule, eine Million für Kinderheime.

Der Berichterstatter kam nun zur Einnahme. Seite. Die Ausschüsse haben dabei die neuen Gesetze zugrunde gelegt. Das Gesamtbild kann dahin charakterisiert werden:

Der Reichsrat hat die Wiederkehr des Vertrauens zur Solidität des Etats restlos, aber vom Standpunkt der Sparpolitik her ernüchtert.

Der Reichsrat erörterte dann die Ausgaben für 1931. Nur in Höhe von rund 200 Millionen ist die Entlastung des Haushaltes von 1931 schon jetzt wirklich fundiert, und auch das nur unter der Voraussetzung ausreichender Arbeitslosenverteilung. Alles Weitere hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung, von Anleihen, Möglichkeiten und von dem Sparprogramm auf lange Sicht ab.

Namens der Ausschüsse beantragte der Berichterstatter dann eine Reihe von Entschärfungen, wonach die Reichsregierung erlaubt wird, im Sparprogramm noch vorzugehen: Aufhebung der reichsweiten Fortbewegung, Vereinfachung der Bauverwaltung mit der Bauverwaltung der Länder, Fortsetzung der Sammlung des Reichsrechtes, ferner bei Aufstellung des Sparprogramms

grammes zu prüfen, die weitere Behandlung der Kanalarbeit, die Frage der Abgrenzung des Wasserbaues vom Reichswehrrüstungsplan, die Frage der Aufhebung der Reichsvertretung in München und die Möglichkeit der Eingliederung des Sparprogramms in die Allgemeine Verwaltung. In weiteren Entschärfungen wird gefordert: Prüfung der billigen Ueberlassung freigegebenen Gebäude im besetzten Gebiet an die Gemeinden, Vornahme der großen Reichsanstalt für alle fünf Jahre, Vorlegung von Rechnungen über die künftige finanzielle Entwicklung der Reichsbehörden, Vorlegung von Rechnungen über die künftige finanzielle Entwicklung der Reichsbehörden, Vorlegung von Rechnungen über die künftige finanzielle Entwicklung der Reichsbehörden.

Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer verwies zu der Einnahme der ersten Rate des neuen Panzerkreuzers durch die Reichsrechnung auf die Regierungserklärung vom 1. April, in der Reichsminister Dr. Brüning den vom Kabinett Müller aufgestellten Haushaltsplan unverändert übernommen habe. Daraus ergebe sich

die Stellungnahme der Regierung auch zur Panzerkreuzerfrage.

Die Reichsregierung hatte an dem ursprünglichen Etat fest und konnte erst nach dem Vorliegen der endgültigen Stellungnahme des Reichsrats zur Frage eine Doppelvorlage ihrerseits stellen. Die Regierung lehnte es ab, die Initiative zu ergreifen oder eine Beeinflussung auszuüben. Sie richtete an den Reichsrat die Bitte, nach eigenem besten Wissen und rein sachlichen Erwägungen Stellung nehmen zu wollen und sich insbesondere in keiner Weise von der Reichsregierung beeinflussen zu lassen.

In der nun folgenden Eingliederung der einzelnen Etats wurde beim Reichsinnenministerium ein von der preussischen Staatsregierung unterstützter Antrag der Reichsregierung auf Wiederherstellung des im Ausschuss gefassten Beschlusses von 120 000 Mark für das Berliner Philharmonische Orchester mit 31 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Rheinprovinz, das Ministerium für die besetzte Gebiete nicht am 1. Oktober aufzuheben, sondern zum frühestmöglichen Termin, spätestens am 1. Januar 1931, wurde mit 36 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Beim Wehretat beantragte Reichswehrminister Groener die Wiederherstellung der von den Ausschüssen gestrichenen Beträge. Bei den Ausgaben für militärisches Personal, für Gebäudeunterhaltung und Bauten. Der Minister erklärte, sein Antrag entspreche nicht der Reichsrechnung, sondern rein sachlichen Gründen. Nach dem vom Kabinett vorgenommenen Abstrich von 50 Millionen seien weitere Abstriche gar nicht möglich, wenn nicht der geregelte Betrieb der Wehrorganisation

Riesenbrand auf einer Philippinen-Insel.

Iloilo (Philippinen), 16. April. Ein Riesenbrand, dem schon eine Anzahl Menschenleben zum Opfer gefallen sind und durch das bereits mehr als 12000 Personen ihr Hab und Gut verloren haben, wütet in der Stadt Sagay auf der Philippineninsel Negros. Nach den letzten Meldungen beträgt der Sachschaden schon über zehn Millionen Mark; die Zahl der Toten wird jedoch bedeutend höher sein, da alle Anstrengungen, das Feuer zu bekämpfen, bisher so gut wie erfolglos waren. Der Brand brach auf einem Holzlagerplatz aus und verbreitete sich rasch durch die ganze Stadt. Er ergriff auch einen Lagerplatz für Dynamit, wodurch eine Reihe Entladungen verursacht wurden. Die Bevölkerung der bereits durch das schnelle Fortschreiten des Feuers von wilder Panik ergriffen war, verlor, als die Explosionen den Boden unter ihren Füßen erschütterten, völlig den Kopf. Ein großer Teil der Einwohner von Sagay lagert jetzt, das Feuer obdachlos geworden, auf den Feldern, die die Stadt umgeben.

220 Millionen Ausfuhrüberschuß im März.

Die günstige Entwicklung der Handelsbilanz hält an.

... Berlin, 16. April.

Der deutsche Außenhandel zeigt für den Monat März im reinen Warenverkehr einen Ausfuhrüberschuß von 220 Millionen RM, gegenüber Februar Krieg die Ausfuhr um 7,7 Millionen, die Einfuhr verminderte

sich um 88 Millionen bzw. ist die nach Abhebung des Zollabrechnungsverkehrs bei den Februarziffern ungefähr gleich geblieben. Die Ausfuhrsteigerung im März ist fast ausschließlich auf die Ausfuhrerhöhung von Fertigwaren zurückzuführen. Die Verminderung der Lebensmittelausfuhr von 64,8 Millionen RM, entfällt hauptsächlich auf Weizen, Gerste, Kaffee und Rindfleisch, die der Rohstoffeinfuhr von 38,4 Millionen RM, hauptsächlich auf Mineralöle.

Gemeinsame Protestkundgebung der katholischen Verbände Deutschlands gegen die Religionsverfolgung in Rußland und die Freidenkerarbeit in Deutschland.

Auf Anregung der Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland haben die unterzeichneten großen katholischen Verbände Deutschlands sich zu einer gemeinsamen Protestkundgebung gegen die Religionsverfolgung in Rußland und die religionsgerichtete Arbeit der Freidenker in Deutschland zusammengetan. Der Wortlaut dieser Kundgebung lautet:

Wir unterzeichnen katholischen Verbände, die wir den größten und aktivsten Teil des deutschen katholischen Volkes umfassen, erheben feierlichst Einspruch gegen die systematische Verfolgung und Unterdrückung jeglicher Religion, besonders der christlichen, wie sie in Rußland seitens der Regierung und des im Dienste der Regierung arbeitenden „Verbandes der kämpfenden Gottlosen“ betrieben wird.

Wir protestieren gegen die rücksichtslose Unterdrückung der religiösen Freiheit durch die Sowjet-Regierung, gegen ihre Verhöhnung und Gewalttaten gegenüber den Dienern und Anhängern der Religion und gegen die Schließung der Kirchen und die Vernichtung der Heiligtümer.

Wir protestieren ganz besonders gegen die gottlose, gott- und kirchenfeindliche Erziehung der Jugend und gegen die Zerstörung der christlichen Ehe und Familie.

Wir erheben auch schärfsten Einspruch gegen die von Moskau ausgehende und unterstützte antireligiöse Propaganda, wie sie seitens deutscher Freidenker in den letzten Jahren, besonders in diesem Jahr, mit immer mehr steigender Heftigkeit in volksbeunruhigenden, verheerenden antireligiösen Kundgebungen betrieben wird, die in letzter Zeit sogar zur Verhöhnung und Schändung der Kirchen geführt hat.

Wir verlangen von der Sowjet-Regierung die Achtung vor dem Gewissen, die Freiheit der christlichen Religionsübung und die Freiheit der Kirche und ihres Bistums.

Wir erwarten von der deutschen Regierung, daß sie die Rechte der christlichen Kirchen schützt und sichert und Maßnahmen ergreift, die der erwähnten

vollstbeunruhigenden und antireligiösen Verhöhnung und Schändung der Kirchen seitens der deutschen Freidenkerverbände Einhalt gebietet.

Wir werden durch unsere Verbände dahin wirken, daß dem Volkswort und seinen die christliche Kultur, das soziale Gemeinschaftsleben und die Stärke der Nation zehrenden Methoden ein ernstes Tatkräftentum im gesamten öffentlichen Leben entgegengestellt werde zum Heile und Segen für Kirche und Volk.

Diese Kundgebung ist an das Auswärtige Amt, an das Reichsministerium des Innern und an die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Berlin gelangt worden.

Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse, Akademische Bonifatius-Vereinigung, Bonifatiusverein für das kath. Deutschland, Bonifatiusverein C. B. der Caritas-Verband, Franziskus-Zentrum, Deutscher Friedensbund deutscher Katholiken, Jungbarn, abstinente, fath. Jugend der Westfälischen, Kartellverband der fath. Studentenvereine Deutschlands, Katholischer Deutscher Frauenbund, Katholischer Jugendbund, Katholischer Jugendbund wertvoller Mädchen Deutschlands, Katholischer Jugend- und Jungmännerbund Deutschlands, Katholischer Verband des Deutschen Reiches, Katholischer Lehrerverein in Bayern, Katholischer Lehrerverein für Bayern, Kathol. Schulorganisation, Kath. Verband der weiblichen Kaufm. Angestellten und Beamtinnen Deutschlands, Katholischer Werkjugend, „Unitas“, Verband kath. Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen, Verband fath. kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, Verein fath. deutscher Lehrerinnen, Volksverein für das katholische Deutschland, Volksdienstbund, Kath. Verband zur Bekämpfung der öffentlichen Unkeuschheit, Zentralbildungsausschuß der fath. Verbände Deutschlands, Zentralverband der fath. Jungfrauenvereinigungen Deutschlands.

Westdeutscher Rundfunk.

Donnerstag, 17. April 1930.

- 6.45—7 Uhr: Preisübungen.
7—8 Uhr: Morgenkonzert.
10.15—11.55 Uhr: Schallplattenkonzert (Tri-Ergon-Platten).
12.10 Uhr: Mechanische Musik.
13.05—14.30 Uhr: Mittagskonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Kühn, Solisten: Josef Schömmmer (Tenor), Wilhelm Strienz (Bass), an der Orgel: Hilgers. 1. Aus dem Bühnenweihnachtsfest „Katholik“ — Wagner. a) Vorspiel. b) Verwandlungsszene des ersten Aufzuges „Dom Bohe kehrt der König heim“. Josef Schömmmer — Wilhelm Strienz. c) Karfreitagsauben. Josef Schömmmer — Wilhelm Strienz. 2. Eine Faust-Ouvertüre — Wagner. 3. Oftern, sinfonisches Gedicht — Wolfach.
14.30 Uhr: Funkenwerbung: Ratsschlüsse fürs Haus.

Wetterbericht.

Essen, 16. April. Während das Hochdruckgebiet über Westeuropa wenig Veränderung zeigt, ist das geladene Tiefdruckgebiet über Ost- und Mitteleuropa nach Nordwestwärts mit seinem Kern nach Bonn vorangeschritten. In Deutschland war es heute früh überall trübe und vielfach regnerisch. Die heutigen Morgenstemperaturen lagen im allgemeinen zwischen 4 und 11 Grad. — Wetterausblick bis Freitag: Zunächst noch wolfig und zeitweise leichte Regenfälle, sowie ziemlich kühl.

- 15—15.30 Uhr: Uebertragung von der Deutschen Welle: Robert Zimhof: Das neue Klavierzimmer.
16.05—16.25 Uhr: Regierungsrat Dr. Geis: Familie und Steuerrecht, Werbungskosten der Familie.
16.25—16.50 Uhr: Kriegerjugend und Nachkriegsjugend. Fehle — Reindl — Schäfer.
16.50—17.10 Uhr: Dr. Springer: Krankheiten, die von Haustieren auf Menschen übertragen sind.
17.10—17.30 Uhr: Dr. Hans Behle: Neue Wege im Schul- und im Berufsleben.
17.30—18.30 Uhr: Beipersonal. Kammermusik. Das Westfälische Streichquartett (Fritz Krier, Werner Göhre, Kurt Plag, Max Renger). Kammermusik. Franz Müller (Kontrabaß), Solistin: Hilde von Alpernbach (Sopran). 1. Streichquartett f-moll, op. 37, für zwei Violinen, Bratsche, Cello und Kontrabaß Wilhelm v. Möllendorff. Aufführung. 2. Drei Lieder aus dem Marienliederzyklus, op. 52a, für Sopran und Streichquartett Hermann Jäger. 3. Streichquartett in A-dur — Mozart.
18.30—18.50 Uhr: Gemeindefürsorge. Rechtskunde. Rechtsanwalt Dr. Wieland: Das Recht der Betriebsvertretung: Betriebsvertretung und Arbeitsgericht.
19.15—19.40 Uhr: Privatdozent Dr. Heinermann: Spanisch.
19.40—20 Uhr: Der westdeutsche Wirtschaftsraum. Dr. Haus Stein: Die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung: Der Handel.
20.10 Uhr: Uebertragung aus der Beethovenhalle, Bonn: Christus am Delberg. Oratorium für Soli, gemischten Chor, Männerchor und Orchester von Ludwig van Beethoven. Dichtung von Franz Xaver Faber. Ludwig Wöhrer: Christus (Tenor); Maria Walm: Seraph (Sopran); Peter Roefeling;

Petrus (Bach). Der Chor der Stiftskirche Bonn und der Bonner Instrumentalverein. Leitung: Dr. Joseph Schmidt.
Anschließend: Das neue Gedicht in der Musik. Hansen

(Sopran). Hummel. Rezitationen. Begleitung: Grape. Einführende Worte: Paul Heinrich Gehl. Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

16. April. Infolge der bevorstehenden vier-tägigen Unterbrechung des Börsengeschäftes zu Ostern war die Tendenz nach einem geschäftigen Vormittagsverkehr auf der Börse sehr ruhig. Günstige und ungünstige Momente hielten sich etwa die Waage; so stand der Ueberzeugung der Börsenbesucher in der Höhe der Kurse und in der deutschen Goldkäufe in London eine Verstärkung der Geldzufuhr im Stahlschmelzen gegenüber. AGs waren bei kleinem Interesse des Auslandes schon vorbörslich etwas lebhafter veranlagt. Die Kurssteigerung gestaltete sich zu Beginn infolge des herrschenden Ordremangels recht schleppend. Gegen den gestrigen Schluß ergaben sich meist nur geringfügige Veränderungen nach beiden Seiten, eine ausgeprägte Tendenz war nicht erkennbar. AGs avancierten auf angeblich weitere Käufe der Schweiz 1,5 Proz. Recht schwach eröffneten dagegen Polyphos, bei denen die Kommentare der Presse zu dem Bezugsrechtangebot auf die Schweizer Bundesbankgesellschaft vermittelten. Ein ziemlich erhebliches Angebot im Aktienpapier hatte ein Nachgeben des Kurses um 0,25 Proz. zur Folge. Verluste bis zu 2,5 Prozent liefen ferner Berger, Reichsbank, Alti, Tieg, BWM, Salzberg, Buderus, Maschinenbau, Zellulose und die Kupferwerke Mansfeld und Oerli. Nach den ersten Kursen wurde es schwächer, obwohl die Außenhandelsbörse für den Monat März einen Aufwärtstrend von rund 170 Mill. A auswies, jedoch sich bei Berücksichtigung der durch die Zollabrechnungen erforderlichen Korrekturen für das erste Vierteljahr 1930 ein Ausfuhrüberschuss von rund 230 Mill. A ergibt. Die Meldung eines Mittagsschlusses, wonach 2000 Siemensarbeiter infolge des Beschlusses, es ergaben sich auf fast allen Märkten Verluste bis zu 2 Proz. Polyphos gab den vorbörslichen um 3 Proz. schwächer als gestern festgelegt. Anleihen abwärts. Devisen etwas abwärts. Mexikaner abwärts. Pfandbriefe eher fester, Reichsbankabrechnungen leicht nachgebend. Deswegen etwas abwärts. Pando, Paris, nordische Devisen und Buenos Aires. Geld leicht verknappt, Tagesgeld 3—5,5 Proz., Monatsgeld 5,25 bis 6,25, Warenwechsel 4,75 Prozent.

Märkte.

Dortmunder Zucht- und Ferkelviehmarkt. 16. April. Zum heutigen Zucht- und Ferkelviehmarkt wurden aufgetrieben: 474 Großvieh, 109 Schweine, 343 Ferkel. Der Handel war langsam. Rinder: 300—400 A, Rinder: 250—300 A. Beste Tiere wurden über 100 A bezahlt. Samstages zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche gemippt worden. Im Schweinemarkt war der Handel langsam. Es folgten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 30 bis 38 A, 8—10 Wochen alt 38—47 A, 10—12 Wochen alt 47—65 A. Der nächste Markt findet am Donnerstag, 24. April statt.

Rug- und Zuchtviehmarkt Osnabrück.

Osnabrück, 16. April. Auftrieb: Rinder 181, Ferkel 337. Es folgten: Rinder in Milch: a) 520—640, b) 400—520, c) 300—400, d) 250—300; tragende Rinder: a) 420—500, b) 320—420, c) 250—300, d) 180—250; Ferkel: 6—8 Wochen alt 28—36 A, 8—13 Wochen alt 36—46 A; Läufer Schweine 40—60 A. Marktverlauf: Rinder langsam, Schweine ziemlich gut. Nächster Markt am 23. 4.

Samburger Viehmarkt.

Samburg, 16. April. Auftrieb: Ochsen: 127, Quieren 105, Bullen 106, Rinder 297. Stallmästische 530, Weidemästische 47. Es folgten: Ochsen: a) 58—61, b) 52 bis 56, c) 40—50, d) 32—41; Bullen: a) 52—55, b) 46—51, c) 41—45, d) 32—30; Rinder: a) 45—48, b) 38—44, c) 28 bis 36, d) 16—28, vorausgesetzt. Bahnverlauf: 100. Marktverlauf: mittelmäßig, bei Schafen reger, keine Notierungen.

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 16. April. Trotz der überwiegend schwächeren Auslandsmeldungen war an der heutigen Produktenbörse wiederum eine festere Grundstimmung zu festzustellen. Das Angebotsangebot von Weizen war sehr gering, und da man mit einer Zollerhöhung rechnet, waren sowohl im Prompt- als auch im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft bei mäßigen Umläufen Preisbesserungen um 1,5 bis 2,5 A zu verzeichnen. Roggen ist etwas mehr als in den letzten Tagen offeriert, die Promptpreise waren etwas behauptet, dagegen spätere Lieferung befristet, jedoch sich die Reports erneut erwei-

tern haben. Weizen- und Roggenmehl haben bei unveränderten Mühlenofferten schleppendes Geschäft. Hafer ist in den erhaltenden Forderungen etwa 3 A höher gehalten. Während der Konsum stärke Zuzufuhrung bedarf, sind im Exporthandel leicht erhöhte Preise durchzuführen. Der Viehmarkt zeigt etwa 3 A fester ein. Getreie ruhig.

AmL. Produktennotierungen in Berlin am 16. April 1930.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg)

	16. 4.	15. 4.	16. 4.	15. 4.
Weizen märk.	266—269	264—267	Weizenmehl	29 1/2—37 1/2
Mai	278—279	277	Roggenmehl	28—27
Juli	280—281	279	stark	28—27
September	271—271 1/2	269 1/2—269 1/2	Weizenkleie	10 1/2—11
Tendenz:	stetig	stetig	Roggenkleie	10 1/2—11 1/2
Roggen märk.	166—169	166—169	stark	10 1/2—11 1/2
Mai	182—182 1/2	182—182 1/2	stark	10 1/2—11 1/2
Juli	186	184 1/2—184 1/2	stark	10 1/2—11 1/2
September	203 1/2—203 1/2	201—203 1/2	stark	10 1/2—11 1/2
Tendenz:	stetig	stetig	stark	10 1/2—11 1/2
Gerste	188—189	188—189	stark	10 1/2—11 1/2
Braugerste	175—187	175—187	stark	10 1/2—11 1/2
Futtergerste	175—187	175—187	stark	10 1/2—11 1/2
Tendenz:	stetig	stetig	stark	10 1/2—11 1/2
Hafer märk.	162—170	160—168	stark	10 1/2—11 1/2
Mai	181 1/2—181 1/2	177 1/2—178 1/2	stark	10 1/2—11 1/2
Juli	181 1/2—181 1/2	181 1/2—181 1/2	stark	10 1/2—11 1/2
September	192 1/2—193 1/2	193 1/2—193 1/2	stark	10 1/2—11 1/2
Tendenz:	stetig	stetig	stark	10 1/2—11 1/2
Mais Wagon	frei ab	frei ab	stark	10 1/2—11 1/2
Hamburg	frei ab	frei ab	stark	10 1/2—11 1/2
Tendenz:	stetig	stetig	stark	10 1/2—11 1/2

Bremen: Baumwolle.

	16. 4.	15. 4.	16. 4.	15. 4.
loko	17,25	17,25	hezahl	17,48
Mai	15,15	15,15	hezahl	15,45
Juli	15,33	15,33	hezahl	15,45
Oktober	15,67	15,67	hezahl	15,84
Dezember	15,81	15,81	hezahl	15,82
Januar	15,84	15,84	hezahl	15,82
März	15,84	15,84	hezahl	15,82
Tendenz:	stetig	stetig	hezahl	15,82

Liverpool: Baumwolle.

	16. 4.	15. 4.	16. 4.	15. 4.
loko	8,43	8,50	November	8,03
April	8,06	8,03	Dezember	8,03
Mai	8,06	8,03	Januar 1931	8,06
Juni	8,07	8,04	Februar	8,06
Juli	8,10	8,07	März	8,06
August	8,07	8,04	April	8,13
September	8,05	8,02		
Oktober	8,03	8,00		
Tendenz:	stetig	stetig		

Lagesimport.

	16. 4.	15. 4.
Lagesimport	10000	8000
Lagesexport	2500	2500
Exportüberschuss	10000	8000
Exportüberschuss	10000	8000
Exportüberschuss	10000	8000

Liverpool: Ostindische Baumwolle.

	16. 4.	15. 4.
loko	5,80	5,80
Mai	5,80	5,80
Juni	5,80	5,80
Juli	5,80	5,80
August	5,80	5,80
September	5,80	5,80
Oktober	5,80	5,80
November	5,80	5,80
Dezember	5,80	5,80
Januar	5,80	5,80
Februar	5,80	5,80
März	5,80	5,80
April	5,80	5,80
Tendenz:	stetig	stetig

New York: Baumwolle.

	16. 4.	15. 4.
loko	15,30	15,30
April	15,30	15,30
Mai	15,30	15,30
Juni	15,30	15,30
Juli	15,30	15,30
August	15,30	15,30
September	15,30	15,30
Oktober	15,30	15,30
November	15,30	15,30
Dezember	15,30	15,30
Januar	15,30	15,30
Februar	15,30	15,30
März	15,30	15,30
April	15,30	15,30
Tendenz:	stetig	stetig

	16. 4.	15. 4.
Geschätzte Totalzufuhren	1000	1000
Baumwollzufuhr in Atlantischen Hafen	8000	8000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	8000	8000
Export nach England	4000	4000
Export nach dem Kontinent	4000	4000
Zufuhren im Innern	3000	3000
Fracht nach Liverpool	60	60
Fracht nach Standard	60	60
Zufuhren in Pacific-Häfen	4000	4000
Export nach Japan und China	4000	4000

New Orleans: Baumwolle.

	16. 4.	15. 4.
loko	15,30	15,30
Mai	15,30	15,30
Juni	15,30	15,30
Juli	15,30	15,30
August	15,30	15,30
September	15,30	15,30
Oktober	15,30	15,30
November	15,30	15,30
Dezember	15,30	15,30
Januar	15,30	15,30
Februar	15,30	15,30
März	15,30	15,30
April	15,30	15,30
Tendenz:	stetig	stetig

Ostern ist bestimmt schönes Wetter

selbst bei Regen, wenn Sie Ihren Anzug oder Mantel bei Lesser kaufen. Ein Gang durch unsere Geschäftsräume gibt Ihnen die Gewißheit, daß Sie für Herren und Junglinge Anzüge und Mäntel in herrlichen Modifarben und guter Verarbeitung schon für Mk. 29.— bis 69.— vorfinden. Für Ihre Knaben schon Anzüge und Mäntel in Sport-, Kieler, Kadett- und Schlupf-Formen von Mk. 4.90 bis 19.50. Als Neuestes bringen wir Knaben-Anzüge in Blusenformen mit Reisverschlüssen in den allerletzten Modetönungen aus soliden Stoffen. Kommunion-Anzüge führen wir wieder in altbewährten Stammqualitäten von Mk. 12.50 bis 32.—. Prüfen Sie durch zwanglose Besichtigung unsere erstklassigen Qualitäten. Sie werden gerne beraten, aber nicht zum Kaufen gedrängt. Wir waren schon als sehr billig bekannt. In dieser Saison sind wir fabelhaft billig.

Wir empfehlen ferner unsere Riesen-Abteilungen für jede

Herren-Berufsbekleidung
Herren- und Knaben-Lodenbekleidung
Herren- und Knaben-Gummibekleidung
Herren- und Knaben-Trendcoats,
imprägn. Gabardine-Mäntel, Loden-Mäntel
Herren-Motorbekleidung
Herren-Uebergrößen und Baudigrößen
bis Bundweite 145 cm. Große Auswahl.
Herren- und Knaben-Sportbekleidung
Herren- und Knaben-Strickbekleidung
Marke Kübler, Krautkopf und Marsia
Herren- und Knaben-Modewaren

Münsters populärstes Spezial-Neus
für Herren- u. Knaben-Fertigbekleidung

Lesser

Münster i. Westf.

Salzstraße 18/19

Gegründet 1907

Karfreitag durchgehend geöffnet.

